

Ratsbericht 12.07.2011

Die Bebauung auf der Grünen Harfe, die Weiterentwicklung des Bäderkonzepts, KONSENS Stadt Essen, erneut die Besetzung der freien Dezernentenstelle, Offener Ganzttag und last not least die Einbringung des Haushaltsentwurfes waren nur einige von 49 Tagesordnungspunkten, der letzten Ratsitzung vor der Sommerpause.

Doch bevor in die Tagesordnung eingestiegen wurde, galt es, ein neues Ratsmitglied einzuführen: Altoberbürgermeisterin Jäger rückte für den zurückgetretenen SPD-Ratsherrn aus Katernberg nach. Eine weitere erfolversprechende Nachwuchskraft für den Rat!

Zur Tagesordnung: Zurückgezogen hatte die FDP-Fraktion ihre Anträge zur Richard-Schirrmann-Realschule sowie den TOP „Keine weitere Essener Gesamtschule“. Es war absehbar, dass beide Anträge keine Mehrheit gefunden hätten. Zur Niederschrift (TOP 2) gab es erstmals eine Ergänzung von unserer Seite aus.

Aktuelle Stunde: CDU und Grüne hatten den Punkt „Sozialticket im VRR“ angemeldet, mit der Zielsetzung, sich als „treibende Kräfte“ für die Einführung eines Sozialtickets abfeiern zu lassen. Unsere Fraktion wies zu Recht darauf hin, dass ein so genanntes Sozialticket zum Preis von 29,95 Euro deutlich über dem liegt, was im Hartz4-Regelsatz für Mobilität enthalten ist (rund 20 Euro). Erfahrungen aus Dortmund zeigten, dass mit steigendem Preis die Zahl der NutzerInnen deutlich zurückgeht (Zunächst kostete das Dortmunder Sozialticket 15,- Euro – mit 24.000 NutzerInnen – mittlerweile liegt der Preis bei über 30,- Euro – nur noch rund 8.000 NutzerInnen). Der Effekt, dass durch einen niedrigeren Preis zusätzliche Fahrgäste gewonnen werden, sind seitens des VRR nicht angemessen berücksichtigt worden.

Unter TOP 4 berichtete die Verwaltung u. a. über den Stand beim Bewerbungsverfahren um die Grüne Hauptstadt Europas.

TOP 5: Wahlen: Die üblichen Umbesetzungen in Fachausschüssen. U. a. ersetzte unser neues Ratsmitglied, Altoberbürgermeisterin Jäger, den zurückgetretenen SPD-Ratsherrn aus Katernberg.

Direkt im Anschluss wurde unter TOP 6 der Haushaltsplan-Entwurf für 2012 eingebracht. Es gab die obligatorischen Reden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers. Nach der Sommerpause beginnt die Beratung in den Fachausschüssen, für die Novembersitzung ist die Verabschiedung durch den Rat vorgesehen. Der Haushaltsplan-Entwurf und die Redetexte finden sich hier:

<http://essen.de/de/Rathaus/portalrathaus.html>

Im unmittelbaren Anschluss hatte sich die CDU einen eigenen TOP für eine vorgezogene Haushaltsrede ihres Fraktionsvorsitzenden Thomas Kufen organisiert: „Essen muss am Entschuldungsfond des Landes teilhaben“. Wie bereits in unserer Haushaltsrede aus dem Vorjahr gefordert, ist nun auch die CDU auf den Trichter gekommen: Ein Entschuldungsfond des Landes ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Essen seine finanzielle Lage nachhaltig verbessern kann. Jedoch hält die CDU – trotz der klaren anderslautenden Signale des CDU-Kämmerers – an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2015 fest. Schlichte Realitätsverweigerung und Grund genug für unsere Fraktion, diesen Showantrag abzulehnen. Alle anderen Fraktionen stimmten zu.

Unter TOP 8 erfolgte die Entlastung der Organe der Sparkasse Essen einstimmig (Ratsmitglieder des Sparkassen-Verwaltungsrates nahmen an dieser Abstimmung natürlich nicht teil). Der Verwendung

des Bilanzgewinnes (Sicherheitsrücklagen) und der Auslegung des Jahresabschlusses wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Messe Essen – Bürgerbeteiligung: Unsere Fraktion hatte beantragt, dass über den Ausbau der Messe im Herbst ein Bürgerentscheid durchgeführt wird. Hierzu sollte der Rat entsprechend aktiv werden (so genannter Ratsbürgerentscheid). Immerhin geht es um eine Entscheidung, die nicht nur mit immensen Kosten (200 bis 300 Mio. Euro) verbunden ist, sondern auch wegweisend für mehrere Jahrzehnte sein wird. Mit teils fadenscheinigen Begründungen wurde unser Vorstoß leider abgelehnt. Stattdessen dürfen die BürgerInnen auch künftig wieder zur Frage, ob's Schulmilch mit oder ohne Geschmack geben soll unverbindliche Häkchen im Internet machen (so genannte „bürgerorientierte Haushaltskonsolidierung“). Man darf gespannt sein, wie mit eventuellen Bürgerprotesten gegen einen Messeausbau im Herbst umgegangen wird...

TOP 10 (Neuausrichtung der EWG) war eine bloße Kenntnisnahme.

Unter TOP 11 wurde die Übernahme einer Garantieerklärung für die Theater und Philharmonie GmbH einstimmig beschlossen.

Einführung einer Wertstofftonne (TOP 12): Die Verwaltung berichtete, dass aufgrund des noch laufenden Gesetzgebungsverfahrens aktuell keine konkreten Pläne für die Einführung einer Wertstofftonne gemacht werden. Hoffen wir, dass hier seitens der Stadt bzw. der Entsorgungsbetriebe Essen nichts verschlafen wird. Immerhin müssen ab 2015 so genannte Wertstoffe separat gesammelt werden – laut einer EU-Richtlinie.

Die von uns beantragten Änderungen der Geschäftsordnung des Rates (wir wollten u. a. sicherstellen, dass künftig auch Tischvorlagen ins Ratsinformationssystem eingestellt werden) wurden – mit unserer Zustimmung – in den Fachausschuss verwiesen. Die Verwaltung wurde darüber hinaus gebeten, eine allgemeine Überarbeitung der Rats-GO vorzunehmen.

Der von uns beantragte TOP „Personalentwicklung der Stadt Essen“ (Rücknahme des 1.000-Stellen-Beschlusses) wurde auf Antrag der CDU mit den Stimmen des Vierer-Bündnisses (CDU / Grüne / FDP / EBB) abgesetzt. Begründung: Unser Antrag wurde bereits in der vorletzten Sitzung abgelehnt.

Das hinderte das Vierer-Bündnis jedoch nicht, unter TOP 15 gleichfalls einen in der letzten Sitzung abgelehnten Antrag neu einzubringen: Die Ausschreibung der Stelle des Beigeordneten für Organisation, Personal, Ordnung und Feuerwehr. Nach dem Ausscheiden des ehemaligen Stadtdirektors Hülsmann werden diese Bereiche zurzeit von Kämmerer Klieve mit erledigt. Eine Lösung, die sich aus unserer Sicht bewährt hat und mehrere hunderttausend Euro pro Jahr einspart. Gerade im Zusammenhang damit, dass bei den „normalen“ MitarbeiterInnen der städtischen Verwaltung in den nächsten vier Jahren 1.000 Stellen gekürzt werden sollen, hält unsere Fraktion eine Wiederbesetzung der Dezernentenstelle für nicht sachgerecht. Wie bereits im Monat zuvor wurde geheim abgestimmt. Diesmal erhielt der Antrag jedoch eine Mehrheit (43 ja: 39 nein: 1 Enthaltung).

TOP 16 „KONSENS Stadt Essen“ war ebenfalls ein Punkt, der zum x-ten Male den Rat beschäftigte. In diesem Papier geht es um eine Vereinbarung zwischen der Stadt Essen (als Arbeitgeberin) und ver.di bezüglich Arbeitsbedingungen, tariflichen Lockerungen und einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Bislang scheiterte eine Verabschiedung im Rat stets am Widerstand des Vierer-Bündnisses. Offenbar hatte man aber auch dort die Notwendigkeit einer Vereinbarung eingesehen

(ansonsten hätten womöglich Streiks gedroht): Bis auf die FDP-Fraktion stimmten alle Fraktionen der Aufnahme von entsprechenden Verhandlungen der Stadt mit ver.di zu.

Anschließend wurden der Jahresabschluss des Essener Systemhauses (ESH) festgestellt sowie der Frauenförderplan (einziger Wortbeitrag hierzu von unserer Fraktion!) zur Kenntnis genommen.

Unter TOP 19 konnte der mühsam erkämpfte Bäderkompromiss beschlossen werden. Bis wenige Tage zuvor hatten die Fraktionsspitzen um einen Kompromiss gerungen, der allen Beteiligten eine Wahrung des Gesichtes ermöglichte. Das Ergebnis wurde als gemeinsamer Antrag eingebracht: Hesse bleibt (mit verkleinerter Wasserfläche) als Schwimmbad erhalten, der Hauptbadersatz kommt aufs Thurmfeld (keine Lösung „Rüttenscheid plus“), das Hallenbad Borbeck bleibt und wird saniert (oder an benachbarter Stelle neu errichtet). Trotz dieses Kompromisses drohte die Debatte zeitweise zu entgleiten: Insbesondere der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Kufen und die Grünen-Chefin Hiltrud Schmutzler-Jäger brachten unnötige Schärfe und Polemik in die Debatte. Letztlich stimmten aber alle Fraktionen dem Kompromiss zu.

Der Antrag des Vierer-Bündnisses zur Schließung des Flughafens Essen / Mülheim wurde in den Unterausschuss Finanzen & Beteiligungen verwiesen.

Zu Masterplan Einzelhandel (TOP 21) hatten die Grünen einen Änderungsantrag eingereicht, wonach auch Fahrrad Einzelhandel „zentrenrelevant“ (und somit in Stadtteilzentren zulässig) sein sollte. Diese Änderung erhielt keine Mehrheit (ja: Grüne und LINKE; nein: alle anderen Fraktionen), das Gesamtpaket wurde dennoch einstimmig beschlossen.

TOP 22, 23 und 24 waren Planungsangelegenheiten und wurden (mit Ausnahme von TOP 22, Punkt 2 – dort Enthaltung unserer Fraktion) einstimmig beschlossen.

Besonderer Dringlichkeit verdanken wir den TOP 24a: Wenige Tage zuvor hatte im Planungsausschuss eine geistig leicht umnachtete CDU-geführte Mehrheit das weitere Verfahren für die Bebauung Phoenixhütte gestoppt – entgegen dem Willen der Bezirksvertretung und der CDU-Fraktionsspitze. Nach einer recht amüsanten Debatte, wurde einstimmig der Beschluss des Planungsausschusses einkassiert – dort wurde inzwischen die Fortführung des Planungs- und Bauverfahrens beschlossen.

Dritte und vierte Änderung zum Nahverkehrsplan (TOP 25 und 26) wurden jeweils einstimmig beschlossen.

Ebenfalls einstimmig beschlossen wurde das weitere Verfahren für die Bebauung der Grünen Harfe. Alle 6 Fraktionen hatten einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der eine enge Verzahnung von Bebauung und Verkehrssituation sowie eine Deckelung der Bebauung auf (rund) 100 Wohneinheiten vorsieht.

TOP 28, die Umsetzung Zukunftsvereinbarung Regenwasser, wurde einstimmig beschlossen.

Zu TOP 29, Straßenwinterdienst, beantragte die CDU-Fraktion die Aufnahme weiterer Straßen in den Streuplan. Diese, im Essener Süden gelegenen, Straßen entsprachen allerdings nicht den von der Verwaltung geforderten Kriterien (also reine Klientelpolitik seitens der CDU-Fraktion). CDU-, FDP- und EBB-Fraktion stimmten zu, SPD-, Grüne- und LINKE-Fraktion dagegen – mehrheitlich abgelehnt.

Dies nahm die CDU-Fraktion zum Anlass, auch das Gesamtpaket abzulehnen (alle anderen Fraktionen stimmten der Überarbeitung der Streupläne zu).

Unter TOP 30 wurden für die energetische Sanierung der Laurentiuschule vorgezogen Mittel bereit gestellt (einstimmig), unter TOP 31 einer neuerlichen Kostensteigerung bei der Sanierung der Dürerschule zugestimmt. Der Jahresabschluss von Grün und Gruga wurde ebenso wie der Neubau eines 2-geschossigen Schulgebäudes an der Albert-Einstein-Realschule (als Ersatz für Container) einstimmig beschlossen.

TOP 34, Zukunftsinvestitionsgesetz, war eine Kenntnisnahme zur aktuellen Kostenentwicklung.

Einstimmig fiel der Planungs- und Baubeschluss Niederfeldsee. TOP 36 und 37 (FDP-Anträge) entfielen (zurückgezogen).

Eine längere Debatte gab es zum Offenen Ganztage in Schulen: Die bisherige Aufteilung in „A“, „B“ und „C“ sollte abgeschafft und durch eine Nivellierung auf – aus unserer Sicht zu – niedrigem Niveau ersetzt werden. Unsere Fraktion enthielt sich, alle anderen Fraktionen stimmten zu.

Der Errichtung eines Kompetenzzentrums für sonderpädagogische Förderung am Standort Andreasschule stimmten alle Fraktionen zu.

Ebenso TOP 41: Kita-Planung 2011 – 2016. Lediglich zu Punkt 4 der Vorlage (Höhe der Zuschüsse) enthielt sich unsere Fraktion. Die Anpassung der freiwilligen Essenskostenübernahme (TOP 42) fand einhellige Zustimmung. Der umstrittene Punkt 3 (Pauschalierung der Elternanteile für das Schuljahr 2011/12) wurde nicht mit beschlossen.

Der Zielbericht „Essen.Großstadt für Kinder 2007-2010“ wurde zu späteren Stunden auch noch zur Kenntnis genommen. Der „Essener Bildungsbericht 2011“ (TOP 44), in dem das gravierende Bildungsgefälle innerhalb des Essener Stadtgebietes dokumentiert wird, einstimmig beschlossen.

TOP 45: Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Sport- und Bäderbetriebe wurde einstimmig beschlossen.

Unter TOP 46, Anfragen von Ratsmitgliedern, erkundigte sich Ratsfrau Lisa Mews (Grüne) nach dem Stand der Planungen für das Werdener Pfingst-Open Air 2012. CDU-Fraktionsvorsitzender Kufen bat darum, den Punkt „Beschlusskontrolle / Offene Arbeitsaufträge“ künftig wieder in die Rats-Tagesordnung aufzunehmen.

Im nicht-öffentlichen Teil gab es keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung. Eine Erweiterung der Grundstücksliste der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) ging einstimmig durch.

Gegen 23.00 Uhr endete eine von langen bis langatmigen, teils intensiven und heftigen Debatten geprägte Ratssitzung.

Jörg Bütelfür